

Report der Sonderbeauftragten für Osteuropa
Dr. Daniela De Ridder
für die 30. Jahrestagung der OSZE PV
über ihre Aktivitäten im Zeitraum vom Juli 2022 bis Juni 2023



Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es ist mir eine Ehre, im Juli 2022 wieder zur Sonderbeauftragten für Osteuropa berufen worden zu sein. Zu meinem Mandatsgebiet gehören die Ukraine, Belarus und die Republik Moldau. Die gesamte Region steht als Folge des imperialistischen Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine vor extremen Herausforderungen. Meine inhaltliche Arbeit ist maßgeblich von diesem grausamen Geschehen geprägt. Ich sehe meine Aufgabe darin, die Möglichkeiten meines Mandats dafür zu nutzen, um der zu Unrecht angegriffenen Ukraine solidarisch beizustehen. Darüber hinaus möchte ich verhindern, dass die Konflikte in Belarus und in der Republik Moldau vernachlässigt werden.

Meine spezifische Rolle als Sonderbeauftragte für Osteuropa beinhaltet die Förderung des Dialogs in allen Teilen der Gesellschaft, insbesondere auf parlamentarischer Ebene, um in den Bereichen parlamentarische Diplomatie, Vertrauensbildung, Versöhnung und Dialogförderung unterstützend zu wirken. Zudem habe ich

Empfehlungen formuliert, die für die Arbeit der Parlamentarischen Versammlung bedeutsam sind.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um Ihnen einen Überblick über meine bisherigen Aktivitäten als Sonderbeauftragte für Osteuropa zu geben.

Ukraine

Bereits kurz nach meiner erneuten Ernennung zur Sonderbeauftragten habe ich mich mehrfach mit der **OSZE-Generalsekretärin Helga Schmid** in Berlin getroffen, um mich über die laufenden Maßnahmen der OSZE im Ukraine-Krieg zu informieren und die Möglichkeiten zu besprechen, um Aktivitäten der Parlamentarischen Versammlung und der Mutterorganisation zu koordinieren. Hierbei stand eine rasche Nachfolgelösung für den langjährigen OSZE-Projektkoordinator in der Ukraine im Mittelpunkt, der seine Tätigkeit aufgrund des russischen Vetos Ende Oktober 2022 einstellen musste. Mit den ausschließlich extrabudgetär finanzierten Support Programmes for Ukraine (SUP) ist der OSZE im Rekordtempo eine innovative Lösung gegen die Obstruktionshaltung Russlands gelungen. Ich habe mich beim Bundeskanzleramt für die maximale Unterstützung der SUP durch Deutschland eingesetzt.

Ich stand des Weiteren den gesamten Zeitraum in engem Austausch mit politischen Stiftungen und wissenschaftlichen Einrichtungen, um für meine Arbeit als Sonderbeauftragte zusätzlich auch externe Expertise einzuholen. Darunter befanden sich der **Präsident der Bundessicherheitsakademie, Botschafter Ekkehard Brose**, die **sicherheitspolitische Forschungsgruppenleiterin der Stiftung Wissenschaft und Politik, Dr. Claudia Major**, der **ehemalige Leiter der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Russland, Peer Teschendorf**, der **FES-Beauftragte für die Ukraine und die Republik Moldau, Felix Hett** und der **FES-Programmleiter für Russland, Alexej Yusupov**, der **Leiter des Zentrums für Ordnung und Governance in Osteuropa, Russland und Zentralasien der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Dr. Stefan Meister**, der **Spezialistin für Russische Außen- und Sicherheitspolitik sowie für die EU-Russland-Beziehungen bei der Stiftung für Wissenschaft und Politik, Dr. Sabine Fischer**, der **Direktor für Mittel- und Osteuropa, Dr. Jörg Forbrig** sowie **Prof. Andrii Portnov** und **Dr. Susann Worschech von der Europauniversität Viadrina**. Die gewonnen Erkenntnisse waren für meine parlamentarische Ausschusstätigkeit im Bundestag bedeutsam, insbesondere in den Bereichen Grain Deal und Solidarity Lanes der EU für Agrarproduktimporte aus der Ukraine sowie für die konzeptionelle Vorbereitung des diesjährigen Leinsweiler-Seminars in Deutschland. Ebenso habe ich den Kontakt zum **Botschafter der Ukraine, S. E. Oleksii Makeiev** und zum **Botschafter der Republik Polen, S. E. Dariusz Pawłóś** sowie zu verschiedenen deutschen Regierungsstellen, insbesondere im Bundeskanzleramt und Auswärtigen Amt, gesucht, um diese sowohl über meine Tätigkeit als Sonderbeauftragte zu informieren als auch um mich über die ukrainebezogenen Unterstützungsmaßnahmen auf dem Laufenden zu halten.

So habe ich die Bundesregierung gebeten, die offene Missachtung der Verpflichtungen im Bereich des humanitären Völkerrechts und der menschlichen Dimension der OSZE

durch Russland auch mit nationalen Strafermittlungen nach dem Weltrechtsprinzip zu verfolgen, um der Straflosigkeit der russischen Kriegsverbrechen entgegenzuwirken. Hierfür stellt der Moskauer Mechanismus ein unverzichtbares Instrument dar, um Menschenrechtsverstöße festzustellen und zu dokumentieren. Zu diesem Zweck habe ich mich auch mit der **Botschafterin Liechtensteins in Deutschland, I. E. Isabel Frommelt-Gottschald**, getroffen, da sich Liechtenstein auf internationaler Ebene mit großem Verdienst für die Strafverfolgungsbemühungen des Internationalen Strafgerichtshofs engagiert. Im Mittelpunkt standen die systematischen Kindesverschleppungen aus der Ukraine nach Russland, die von der internationalen Gerichtsbarkeit dringend geahndet werden müssen.

Die Einbringung eines **überfraktionellen Bundestagsantrags** (vgl. <https://dserver.bundestag.de/btd/20/046/2004681.pdf>) im November 2022 **zur politischen Anerkennung des „Holodomor“** (Große Hungersnot) in der Ukraine als Völkermord des stalinistischen Regimes der Sowjetunion habe ich aus Gründen später historischer Gerechtigkeit aus vollem Herzen unterstützt. Damit wurde für die Ukraine zugleich auch der Weg zur Teilhabe an der Europäischen Erinnerungskultur in den Bereichen Wissenschaftsforschung, Aufarbeitung, politische Bildungsarbeit, Gedenkstätten-erhalt und Denkmalpflege geebnet.

Die Sicherheit des von den russischen Streitkräften besetzten Atomkraftwerks Saporischschja war das Thema eines Treffens mit der **ehemaligen Abgeordneten und Ausschussvorsitzenden für Energie und Nuklearsicherheit der Werchowna Rada, Victoria Voytsitska** und dem **Vorstandsmitglied der ukrainischen Nichtregierungsorganisation „Anti-Corruption Action Center“** (vgl. <https://antac.org.ua/en/>), **Olena Haluska**. Die Sicherheit des Atomkraftwerks und der Schutz (nicht nur) der ukrainischen Bevölkerung vor einem radioaktiven Fallout ist eine vordringliche Aufgabe. Ich möchte an dieser Stelle dem **Generaldirektor der IAEA, Rafael Mariano Grossi** und seinem gesamten Team für ihren unermüdlichen Einsatz ausdrücklich danken. Ich teile allerdings die Sorge vor den Folgen der Sprengung des Kachowka-Staudamms für die Kühlwasserversorgungssicherheit der Atomanlage.

Mit dem **Vorstandsvorsitzenden der gemeinnützigen Organisation „enpact“** (vgl. <https://enpact.org/>), **Dr. Sebastian Rubatscher** und der **Projektmanagerin Elisabeth Uhlig** habe ich die Möglichkeiten der entwicklungspolitischen Direktförderung von ukrainischen Unternehmer:innen erörtert. Ziel ist es, die infrastrukturellen Kapazitäten im Bereich der kleinen und mittleren Unternehmen zu erhalten, um die Ausgangsbedingungen für den wirtschaftlichen Wiederaufbau zu verbessern. Als Sonderbeauftragte habe ich den Antrag auf Projektförderung bei der Bundesregierung mit befürwortet.

Des Weiteren habe ich mich dafür stark gemacht, die Projektarbeit des seit 2012 existierenden **gemeinnützigen Vereins „Friedensbrot e. V.“** (vgl. <https://friedensbrot.eu/>) in der Ukraine durch Zugang zu finanziellen Fördermitteln politischer Stiftungen zu unterstützen. Bei einem Treffen mit dem **Vorstandsvorsitzenden Anton Blöth** und dem **Geschäftsführer Dr. Gibfried Schenk** habe ich mich über die Arbeit der Initiative ausführlich informiert. Es handelt sich um ein internationales Netzwerk aus ehrenamtlich engagierten Mitgliedern, die sich dem Gedanken der Völkerverständigung verpflichtet fühlen und den

wechselseitigen Zusammenhang zwischen internationaler Friedenssicherung und nachhaltiger Landwirtschaft mit konkreten Projekten in mittlerweile elf mittel- und südosteuropäischen Ländern verbinden. Vor dem Hintergrund der kriegsbedingt gestörten Lieferketten bei der Nahrungsmittelversorgung, insbesondere bei Getreidelieferungen aus der Ukraine, ist die direkte Zusammenarbeit der Zivilgesellschaften in diesem Bereich außerordentlich zu würdigen.

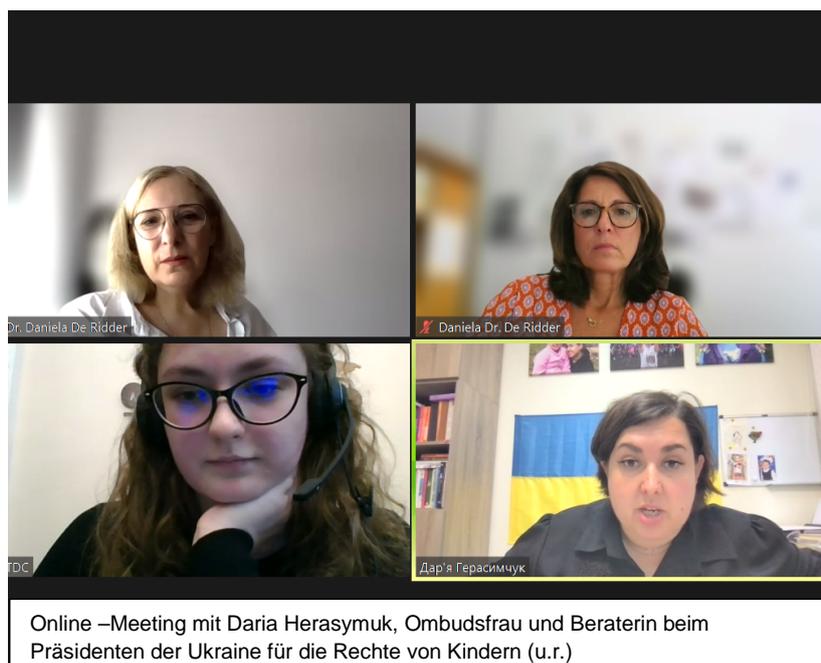
Das Agendasetting der pandemiebedingt erst in diesem Jahr wieder aufgenommenen Leinsweiler-Seminarreihe in Deutschland wurde auf meinen Vorschlag hin auf die Herausforderungen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine für die Europäische Sicherheitsarchitektur fokussiert. Es wurden mit ausgewiesenen Expert:innen sowie ehemaligen Verantwortlichen, darunter der **ehemalige Leiter der OSZE-Mission in der Republik Moldau, Dr. Claus Neukirch**, der **ehemalige stellvertretende Leiter des Büros des Sonderbeauftragten der OSZE in der Ukraine und in der Trilateralen Kontaktgruppe, Piet Blondé** sowie die **stellvertretende Direktorin für Operative Dienste beim Konfliktpräventionszentrum des OSZE-Sekretariats, Malgorzata Twardowska**, die best practises der OSZE-Feldarbeit in Osteuropa (Ukraine, Moldau) und Südosteuropa bilanziert, um geeignete Parameter für die zukünftige Feldarbeit unter den veränderten, erschwerten Rahmenbedingungen zu diskutieren. Insgesamt konnten bei dem Anfang Mai 2023 in Berlin durchgeführten Leinsweiler-Seminar 48 Teilnehmer:innen begrüßt werden, darunter 24 Parlamentarier:innen aus zwölf OSZE-Teilnehmerstaaten sowie die **Präsidentin der OSZE PV, Margareta Cederfelt** und der **Generalsekretär Roberto Montella** (vgl. <https://www.oscepa.org/en/news-a-media/press-releases/press-2023/osce-pa-members-gather-in-berlin-to-discuss-the-future-of-european-security>).



Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Leinsweiler Seminar 05. – 07. Mai 2023

Auf meine Initiative und mit Unterstützung meiner Kollegin Renata Alt hat im Mai 2023 im Bundestag ein überfraktionelles Fachgespräch mit der **Geschäftsführerin von Klitschko Ventures** (vgl. <https://klitschko-ventures.com/de/home/>), **Tatjana Kiel**, zum Schicksal der verschleppten Kinder aus der Ukraine stattgefunden. Bislang wurden bereits mehr als 19.000 ukrainische Kinder aus Ferienlagern, Erholungsheimen oder aus Waisenhäusern geraubt und illegal nach Russland deportiert, um sie durch russische Staatsangehörige zu adoptieren und zum Zweck der Annahme einer russischen Identität umzuerziehen. Dabei stellt die zielgerichtete Überführung von Kindern aus einer Bevölkerungsgruppe in eine andere nach der einschlägigen UN-Konvention von 1948 ein eindeutiges Tatmerkmal für einen Völkermord dar. Klitschko Ventures befasst sich mit der Dokumentation der einzelnen Fälle und unterbreitet Angebote zur Aufklärung und Unterstützung betroffener ukrainischer Familien. Es wurden verschiedene Möglichkeiten diskutiert, um die internationale Öffentlichkeit stärker für das Thema zu sensibilisieren und mit geeigneten Maßnahmen dem staatlich organisierten Kindsraub der Russischen Föderation entgegenzuwirken. Es wurden zudem auf Arbeitsebene Strukturen eingerichtet, um den Informationsaustausch zwischen Mitgliedern des Deutschen Bundestags und Klitschko Ventures zu koordinieren.

Die **Ombudsfrau und Beraterin beim Präsidenten der Ukraine für die Rechte von Kindern** (vgl. <https://www.president.gov.ua/en/news/darya-gerasimchuk-na-specialnij-zustrichi-radi-bezpeki-oon-r-82553>), **Daria Herasymuk**, thematisierte in einer Onlineschalte ebenfalls die Kindesentführungen und Deportationen nach Russland. Sie verwies in dem Zusammenhang auf die offizielle Website der ukrainischen Regierung (vgl. <https://childrenofwar.gov.ua/en/>), auf der sämtliche bekannt gewordenen Fälle und verschiedenen Formen von Verletzungen der Rechte von Kindern während des Krieges unter Anwendung des Moskauer Mechanismus systematisch erfasst und öffentlich dokumentiert werden. Demnach wurden seit dem 24. Februar 2022 487 Kinder getötet, 1015 verwundet, 373 sind vermisst. Unter den über 19.000 nach Russland deportierten Kindern sind 4390 Waisen oder Pflegekinder.



Die humanitäre Situation in den russisch besetzten Gebieten der Ukraine stand auch im Mittelpunkt eines Online-Meetings mit **Sasha Romantsova**, der **Exekutivdirektorin** und ihrem **Mitarbeiter Roman Nekoliak** des renommierten **Zentrums für Zivile Freiheiten in der Ukraine** (vgl. <https://ccl.org.ua/en/>), das 2022 den Friedensnobelpreis gewonnen hat. Es wurde deutlich, dass für existenzielle humanitäre Anliegen unter den Kriegsumständen bis dato keine praktischen Regelungen gefunden wurden. Das betrifft zum einen die Frage der Überführung von getöteten bzw. verstorbenen Personen aus den besetzten Gebieten zu ihren Familienangehörigen in der Ukraine. Hinzu kommen die offenbar systematischen Inhaftierungen von Zivilpersonen durch das russische Militär bzw. russische Sicherheitskräfte, bei denen die gefangen genommenen Zivilist:innen oft misshandelt werden und keinerlei Zugang zu Rechtsbeiständen haben. Im Unterschied zu den Kombattanten beider Kriegsparteien, die im Rahmen von gegenseitigen Gefangenenaustauschen freikommen können, fehlt eine vergleichbare Perspektive für Zivilpersonen, zumal nur die ukrainische Bevölkerung davon betroffen ist. Faktisch handelt es sich um politisch motivierte Geiselnahmen als Teil der psychologischen Kriegsführung Russlands, um die Moral der ukrainischen Bevölkerung zu zermürben.

In einem Online-Meeting mit der **Gründerin und Leiterin der ukrainischen Nichtregierungsorganisation „Girls“** (vgl. <https://www.divchata.org/en/>), **Yuliya Sporysh** und der **ukrainischen Projektpartnerin der deutschen Entwicklungshilfeorganisation Help – Hilfe zur Selbsthilfe e. V.** (vgl. <https://www.help-ev.de>), **Darya Romanenko**, ging es um die spezifische Situation von Frauen unter dem Kriegsalltag, die von der notwendig gewordenen Alleinversorgung für die Familien aufgrund des Kriegsdienstes der wehrpflichtigen Männer, über traumatische Flucht- und Verlusterfahrungen sowie von persönlich erlittenen Erlebnissen von sexualisierter Gewalt reichten. Es wurde deutlich, dass dringend mehr Personal und Finanzmittel erforderlich sind, um die enorme Nachfrage nach Beratungs- und Hilfsangeboten auch nur annähernd zu bewältigen. Hinzu kommt, dass trotz strikter politischer Neutralitätswahrung der Frauenorganisation sowie allen anderen Nichtregierungsorganisationen durch die russische Seite der Zugang zu den besetzten Gebieten rigoros verwehrt wird.

In dem Gespräch wurden auch die bislang noch nicht absehbaren Folgen der Zerstörung des Kachowka-Staudamms am Dnipro nahe Cherson thematisiert. Damit wurde eine humanitäre Notlage großen Ausmaßes vorsätzlich herbeigeführt und eine weitere Eskalationsschwelle bei den Verbrechen gegen die ukrainische Zivilbevölkerung überschritten. Bereits am ersten Tag waren rund 17.000 Personen von der Flutwelle und dem Hochwasser akut bedroht. Große Teile des Flussdeltas drohen infolge der Überflutungen für längere Zeit unbewohnbar zu werden. Trotz der notwendig gewordenen Massenevakuierung der in der überschwemmten Flussregion lebenden Zivilbevölkerung gehen die Luftangriffe und die Artilleriebeschüsse der russischen Streitkräfte unvermindert weiter.

Mein besonderer Dank gilt dem **Koordinator des deutsch-ukrainischen Partnerschaftsprogramms beim Transatlantic Dialogue Center in Kiew, Stepan Rusyn**, der mich mit großem Engagement bei der Vermittlung von Gesprächspartner:innen in der Ukraine unterstützt hat.



Stepan Rusyn, Koordinator des deutsch-ukrainischen Partnerschaftsprogramms

Belarus

Schon seit den gefälschten Präsidentschaftswahlen 2020 hat sich die Unterdrückung der innenpolitischen Opposition in der Republik Belarus systematisch verschlimmert, sodass inzwischen die führenden Köpfe der Oppositionsbewegung entweder inhaftiert oder außer Landes geflohen sind. Mit der umfassenden Unterstützung des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine hat das Lukashenka-Regime nach der Zerschlagung der organisierten politischen Opposition eine weitere, beispiellose Repressionswelle gegen die belarussische Zivilgesellschaft ausgelöst, um mittels drakonischer Strafrechtsverschärfungen jegliche individuelle politische Betätigung und kritische Meinungsäußerung zu unterbinden und diese per se als staatsgefährdend oder sogar als terroristisch zu kriminalisieren. Die staatliche Verfolgungswelle hat inzwischen alle Zweige der Gesellschaft erfasst und richtet sich gegen sämtliche Aktivitäten ziviler Selbstorganisation. Viele Menschen sind in bislang ungekanntem Ausmaß von Berufsverboten, Inhaftnahmen mit Folter und mit der Todesstrafe konfrontiert, deren Anwendungsbereich auf die politisch konstruierte Vorbereitung von „Terrorakten“ ausgedehnt wurde, wofür bereits einfache Demonstrationaufrufe in den sozialen Medien ausreichen.

Unter diesen Bedingungen war es mir nicht möglich, einen Arbeitsbesuch in der Republik Belarus durchzuführen. Stattdessen habe ich den intensiven Austausch mit der im Ausland und in Deutschland ansässigen, belarussischen Exilopposition gesucht sowie mit Nichtregierungsorganisationen, die sich um die Belange von staatlich verfolgten Belaruss:innen kümmern. Mein Ziel ist es, diesen Menschen eine Stimme zu geben und dazu beizutragen, dass die desaströse Menschenrechtslage in Belarus im Windschatten des Ukrainekriegs nicht in Vergessenheit gerät.

Gleich zu Beginn meiner erneuten Tätigkeit als Sonderbeauftragte habe ich mich mit **Lisa Kretschmer, Referatsleiterin bei Reporter ohne Grenzen** zur Situation der politisch motivierten Inhaftierungen von Journalist:innen u. a. in Belarus getroffen (vgl.

<https://www.reporter-ohne-grenzen.de/belarus>). Insgesamt ist von mindestens 1.500 politischen Gefangenen in Belarus auszugehen. Des Weiteren stand ich in regelmäßigem Kontakt mit dem **Exekutivdirektor Marco Fieber** sowie weiteren Mitgliedern der unabhängigen **deutsch-schweizerischen Nichtregierungsorganisation Libereco – Partnership for Human Rights**, deren Arbeitsschwerpunkt der Menschenrechtsschutz in Belarus und in der Ukraine ist (vgl. <https://www.libereco.org/>). Das Hauptanliegen betraf die Erleichterung der humanitären Aufnahme von verfolgten Wissenschaftler:innen, Journalist:innen und Künstler:innen aus Belarus durch vereinfachte Visumverfahren sowie die Verfestigung ihres Aufenthaltsstatus bei temporärer Aufnahme, um die bisherige Praxis von kurzfristigen Kettenduldungen zu beenden, die die betroffenen Menschen stark verunsichern und ihre persönliche Lebensplanung deutlich erschweren. Die gewonnenen Kenntnisse und Forderungen habe ich in die hierfür thematisch zuständigen Arbeitsgremien meiner Bundestagsfraktion eingebracht.

Des Weiteren wirke ich in der überfraktionellen Freundschaftsgruppe „Demokratisches Belarus“ mit, die sich Anfang des Jahres im Bundestag konstituiert hat, um diese und weitere Anliegen parlamentarisch zu adressieren. Ebenso habe ich innerhalb des Bundestags intensiv für die verstärkte Nutzung des Programms „Parlamentarier schützen Parlamentarier“ geworben, das sich nicht nur an verfolgte Abgeordnete aus anderen Ländern richtet, sondern auch bedrohten Menschenrechtsverteidiger:innen, Journalist:innen u. a. offen steht, die Teil einer politischen Patenschaft werden können. Die Erfahrungen mit den politischen Patenschaften sind sehr positiv: Sie haben in zahlreichen nachgewiesenen Fällen zur konkreten Verbesserung der Lebensumstände der in das Programm aufgenommenen Personen beigetragen, indem sie eine kritische öffentliche Anteilnahme für ihr persönliches Schicksal schaffen.



Swetlana Tichanowskaja, belarussische Oppositionsführerin

Unter großen Sicherheitsvorkehrungen bin ich im April 2024 im Deutschen Bundestag mit der **früheren Präsidentschaftskandidatin und belarussischen Oppositionsführerin Swetlana Tichanowskaja** zusammengekommen. Hauptinhalt des Gesprächs war die Menschenrechtsslage im Zuge der umfangreichen Unterstützung des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine durch das Lukashenka-Regime. Frau Tichanowskaja hat mich explizit gebeten, die Parlamentarische Versammlung darum zu bitten, die Situation in Belarus weiterhin kritisch im Blick zu behalten. Dieser Bitte entspreche ich gerne.

Bei einem Online-Meeting mit dem **Mitbegründer und Geschäftsführer von „Connection e. V.“, Rudi Friedrich**, der **Referentin der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen, Elvin Cetin** und der mittlerweile in Litauen lebenden **Gründerin der belarussischen Demokratiebewegung „Nash Dom“ (Unser Haus) und Trägerin des „Friedenspreises an der Basis“ 2019, Olga Karatch** (vgl. <https://global-peacebuilders.org/peacebuilders-2/olga-karatch/>), ging es um das Schicksal der russischen Kriegsdienstverweigerer, die in der Republik Belarus und anderen Anrainerstaaten Russlands gestrandet sind und von dort kurz über lang nach Russland abgeschoben werden. Nach der Teilmobilisierung im September 2022 haben schätzungsweise rund 150.000 junge Männer aus Angst vor der Einberufung zum Kriegsdienst Russland fluchtartig verlassen. Ich werbe mit großem Nachdruck dafür, dass sich die Parlamentarische Versammlung dieses wichtigen humanitären Problems annimmt. Mit ihrer Entscheidung, an Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine nicht teilzunehmen, haben die Kriegsdienstverweigerer praktisch alle Brücken hinter sich abgebrochen und gelten in der russischen Gesellschaft als Nestbeschmutzer. Im Fall der Rückführung aus Belarus und anderen Anrainerstaaten erwarten sie mindestens lange Haftstrafen unter erschwerten Bedingungen sowie völlige gesellschaftliche Ächtung.

Nach Auskunft der Nichtregierungsorganisation Libereco haben bislang lediglich Frankreich und Deutschland humanitäre Visa für russische Kriegsdienstverweigerer vergeben. Die humanitäre Aufnahme ist nicht nur ein symbolischer Akt gebotener Menschlichkeit, der glaubwürdig Zeugnis über die Werte ablegt, denen wir uns als Parlamentarische Versammlung verpflichtet fühlen. Mit einer großzügigen humanitären Aufnahme würden der russischen Kriegsmaschinerie außerdem wichtige menschliche Ressourcen für die Fortführung des Krieges entzogen. Hinzu kommt, dass die vor dem Regimezugriff geflohenen jungen Russen ein wichtiges Humankapital für ein hoffentlich friedlicheres Russland in der Zeit nach Putin darstellen.

Moldau

Nach meiner erneuten Ernennung zur Sonderbeauftragten habe ich mich mit dem **Botschafter Moldaus in Deutschland, S. E. Aureliu Ciocoi**, getroffen. Neben den Auswirkungen des Ukraine-Krieges auf die Republik Moldau ging es auch um die Prioritäten der moldauischen Regierung bei der weiteren EU-Annäherung des Landes, die vor allem geplante Reformen im Justizsektor betrafen.

Zu diesem Zweck haben die Regierungsfractionen im November 2022 auch einen gemeinsamen Antrag in den **Deutschen Bundestag** eingebracht (vgl. <https://dserver.bundestag.de/btd/20/043/2004332.pdf>), der die europäische Perspektive der Republik Moldau bekräftigt. Kernforderungen betreffen die Gewährung von direkten, zweckgebundenen Budgethilfen für den moldauischen Staatshaushalt sowie die Förderung von Direktgesprächen zwischen der moldauischen Zentralregierung und der De-Facto-Führung des transnistrischen Landesteils, um den langjährigen innerstaatlichen Konflikt mit dem Ziel der

Wiederherstellung der territorialen Integrität der Republik Moldau beizulegen. Ich habe mich erfolgreich dafür eingesetzt, dass in dem Antrag die Rolle der OSZE-Mission in Moldau gewürdigt und ihre weitere Unterstützung verankert wurde.

Als gleichzeitiges Mitglied des Ad-Hoc-Komitees für Migration habe ich im März 2023 an einem Feldbesuch in der Republik Moldau teilgenommen, der mir für meine Arbeit als Sonderbeauftragte wichtige Einblicke eröffnete. Auf dem Programm standen Treffen mit Vertreter:innen der moldauischen Regierung (**Arbeits- und Sozialminister Alexej Buzu** sowie **Staatssekretärinnen des Innenministeriums, Jana Costachi** und **des Bildungsministeriums, Adraina Cazacu**), mit Parlamentarier:innen (**Vorsitzende des Parlamentsausschusses für nationale Sicherheit, Verteidigung und öffentliche Ordnung Lilian Carp**, **Ombudsfrau für Kinderrechte Maia Bănărescu**, Mitglieder der moldauischen Delegation in der Parlamentarischen Versammlung), OSZE-Vertreter:innen (**Botschafterin Kelly Keiderling**) sowie mit zahlreichen Vertreter:innen von internationalen Organisationen und moldauischen Nichtregierungsorganisationen, darunter UNICEF, UNHCR, La Strada International Center u. a. (vgl. <https://www.oscepa.org/en/news-a-media/press-releases/press-2023/moldova-s-efforts-in-hosting-and-providing-safe-transit-to-ukrainian-refugees-applauded-by-osce-pa-migration-committee>).



Delegationsmitglieder des Migrationskomitees in Chisinau, März 2023

Es wurde deutlich, dass die Republik Moldau mit großem Engagement viel geleistet hat, um den Menschen aus der Ukraine zu helfen. So wurden bei einer Gesamtbevölkerungszahl von rund 2,6 Millionen Menschen über 100.000 Geflüchtete aus der Ukraine aufgenommen, wovon ca. 70 Prozent aus der Region um Odessa stammen. Gemessen am Anteil der eigenen Bevölkerung hat die Republik Moldau von allen Staaten die meisten Geflüchteten aufgenommen. Ebenso wurde der sichere Transit für mehr als 800.000 Menschen nach Europa gewährleistet. Der Großteil der Geflüchteten konzentriert sich auf die Hauptstadt Chişinău und die nähere Umgebung, wobei über 90 Prozent dezentral untergebracht sind bzw. von privaten Familien aufgenommen wurden. Darunter befinden sich auch viele Angehörige von besonders vulnerablen Gruppen wie unbegleitete Minderjährige, ältere Menschen sowie Menschen mit Behinderungen, Roma sowie Opfer von Menschenhandel und geschlechtsspezifischer Gewalt.

Unter der Präsidentschaft von Maia Sandu hat die Republik Moldau trotz ihrer begrenzten finanziellen Ressourcen und einer hohen Inflationsrate von rund 25 Prozent vorbildliche Maßnahmen für den Menschenrechtsschutz der Geflüchteten und ihre Integration in die moldauische Gesellschaft getroffen. Zum Beispiel wurde den Geflüchteten Zugang zu legalen Beschäftigungsmöglichkeiten auf dem moldauischen Arbeitsmarkt gewährt, wovon derzeit fast 1.000 ukrainische Staatsangehörige profitieren. Zudem wurde ein neues System des konsolidierten temporären Schutzes bis März 2024 eingeführt, das den Ukraineflüchtlingen einen sicheren Aufenthaltsstatus bietet und ihnen Zugang zu Unterkunft, Bildung, medizinischer Grundversorgung und staatlichen Sozialleistungen ermöglicht, auch wenn der große Bedarf in einigen Bereichen nicht abgedeckt werden kann. Die Maßnahmen sind inklusiv angelegt, d. h. die eingeführten Verbesserungen kommen auch der einheimischen Bevölkerung zugute, um der Entstehung von innergesellschaftlichen Spannungen vorzubeugen. Flüchtlingskinder können kostenlos die Kindertagesstätten besuchen. Probleme bestehen hingegen bei den schulpflichtigen Geflüchteten, die zwar mit Laptops und digitalen Lernmöglichkeiten ausgestattet sind, aufgrund der Sprachbarriere aber im Rahmen von Homeschooling aus der Ukraine sowie nach ukrainischen Lehrplänen unterrichtet werden.

Insgesamt hat mich die große Solidarität der moldauischen Bevölkerung mit den Ukraineflüchtlingen tief beeindruckt, die trotz der hybriden Einflussnahme Russlands ungebrochen ist. Mir wurde berichtet, dass die in der Republik Moldau noch vorhandenen pro-russischen Kräfte mit vergleichsweise geringem finanziellen Aufwand dafür instrumentalisiert werden, um perfide Störaktionen mit erheblichem Destabilisierungspotenzial durchzuführen. So werden zum Beispiel vor Fußballspielen oft im großen Stil Eintrittskarten aufgekauft, um in den Stadien mithilfe von Hooligans Massenschlägereien anzuzetteln, die anschließend auf die Straße verlagert werden. Damit soll nach meiner Einschätzung die öffentliche Sicherheit untergraben und eine Umsturzsituation herbeigeführt werden, wozu auch organisierte Proteste pro-russischer Kräfte gehören, die mutmaßlich von Russland orchestriert sind.

In einem Side-Meeting in Chişinău mit dem **Direktor der Nichtregierungsorganisation „Promo-Lex“** (vgl. <https://promolex.md/>), **Ion Manole**, stand die aktuelle Situation in dem abtrünnigen Landesteil Transnistrien im Mittelpunkt. Laut seinen Angaben fürchtet das separatistische De-Facto-Regime als Folge des

Ukrainekrieges um sein wirtschaftliches Geschäftsmodell und sein politisches Überleben. Deshalb sei es einerseits derzeit für die politische Konfliktbeilegung mit dem Zentralstaat aufgeschlossener als früher. Andererseits habe es eine innenpolitische Repressionsspirale in Gang gesetzt, die den Druck der De-Facto-Behörden und des Geheimdienstes KGB auf die Zivilgesellschaft und Menschenrechtsorganisationen massiv erhöhen. Demnach sollen künftig alle Nichtregierungsorganisationen unter das Gesetz gegen „ausländische Agenten“ fallen, was einem totalen Verbot gleichkäme. Die in der Region Transnistrien dislozierten russischen Truppen bewachen vor allem alte Munitionsdepots aus sowjetischer Zeit, von denen weiterhin erhebliche Umweltrisiken ausgehen.

In einem Treffen mit dem **Gründer und Vorstandsvorsitzenden der Flüchtlingshilfeorganisation „Be an Angel e. V.“, Andreas Tölke**, habe ich mich über die Projektarbeit in der Republik Moldau informiert (vgl. <https://be-an-angel.org/projekte/be-an-angel-moldawien/>). Dies betraf insbesondere Hilfsangebote für Flüchtlingsgruppen mit besonderen Bedarfen, für die die staatlichen Angebote oft nicht ausreichten, wie den Umbau und den laufenden Betrieb einer Flüchtlingsunterkunft für bis zu 60 Menschen mit Behinderungen, inklusive ärztlicher Betreuung, Krankenhausbetten und Rollstühlen sowie behindertengerechter Sanitäranlagen. Dieses ehrenamtliche und selbstfinanzierte, zivilgesellschaftliche Engagement ist als ein wichtiger praktischer Solidaritätsbeitrag für Menschen in großer Not außerordentlich zu würdigen.

Mit dem **Vorstandsvorsitzenden der gemeinnützigen Organisation „enpact“, Dr. Sebastian Rubatscher** und der **Projektmanagerin Elisabeth Uhlig** habe ich über die Projekterfahrungen im Bereich der Entwicklungsförderung von frauengeführten Unternehmen in Moldau gesprochen, die im Zuge des Ukrainekrieges vor allem unter der Flucht bzw. Abwanderung von gut ausgebildeten Fachkräften leiden. Ich habe den Wunsch nach Zugang zu Projektförderungsmitteln von Durchführungsorganisationen der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit unterstützt.

Empfehlungen an die Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung

Ukraine:

- *die gestiegene Bedeutung der Frage der Ernährungssicherheit mit der Einrichtung eines eigenen Ad-Hoc-Komitees oder mit geeigneten Arbeitsstrukturen innerhalb des zweiten allgemeinen Ausschusses zu adressieren;*
- *innerhalb des zweiten allgemeinen Ausschusses spezifische Sicherheitskonzepte und Schutzmechanismen für Atomanlagen und kritische Infrastrukturen in Konfliktfällen weiterzuentwickeln sowie die Vorschläge der IAEO zur Einrichtung einer Sicherheitszone um das Atomkraftwerk Saporischschja zu unterstützen;*
- *die Ermittlungen des Internationalen Strafgerichtshofs zur Aufklärung und Dokumentation von sämtlichen Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht sowie von allen Fällen von mutmaßlichen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen zu unterstützen sowie sich in den OSZE-*

Teilnehmerstaaten dafür einzusetzen, die Möglichkeiten von eigenen nationalen Strafverfolgungen nach dem Weltrechtsprinzip zu nutzen und zu Dokumentationszwecken von Menschenrechtsverletzungen die regelmäßige Anwendung des Moskauer Mechanismus zu unterstützen;

- *die systematischen Verschleppungen von Kindern und Zivilpersonen aus den völkerrechtswidrig besetzten Gebieten der Ukraine als vordringliches Anliegen der Parlamentarischen Versammlung im Bereich der menschlichen Dimension der OSZE zu definieren und ebenso in anderen zuständigen, internationalen Gremien (UN-Menschenrechtsrat, Europarat etc.) zu adressieren;*
- *sich in den OSZE-Teilnehmerstaaten für die umfassende Unterstützung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus in der Ukraine einzusetzen;*
- *den Prozess der weiteren EU-Annäherung der Ukraine kritisch-konstruktiv zu begleiten und die demokratischen Reformen in der Ukraine politisch zu unterstützen.*

Belarus:

- *die systematischen Menschenrechtsverletzungen und die Unterdrückung der belarussischen Zivilgesellschaft durch das Lukashenka-Regime konsequent nachzuverfolgen und zu dokumentieren, um die Verantwortlichen später zur Rechenschaft zu ziehen;*
- *sich in den OSZE-Teilnehmerstaaten dafür einzusetzen, die Möglichkeiten von eigenen nationalen Strafverfolgungen nach dem Weltrechtsprinzip zu nutzen, um mutmaßliche Beihilfehandlungen der Republik Belarus zu Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in der Ukraine sowie zu Verstößen in der menschlichen Dimension der OSZE infolge der umfassenden Unterstützung des russischen Angriffskrieges juristisch zu ahnden und zu Dokumentationszwecken von Menschenrechtsverletzungen die regelmäßige Anwendung des Moskauer Mechanismus zu unterstützen;*
- *die Notwendigkeit der humanitären Visavergabe als vordringliches Thema im Ad-Hoc-Komitee für Migration der Parlamentarischen Versammlung bei der Fortentwicklung der politischen Leitlinien zur besseren Migrationssteuerung zu berücksichtigen und sich in den OSZE-Teilnehmerstaaten dafür einzusetzen, die Vergabe von humanitären Visa mit einem konsolidierten, temporären Aufenthaltsstatus deutlich zu vereinfachen und auszuweiten, um verfolgten Angehörigen der belarussischen Opposition und Kriegsdienstverweigerern aus Russland sichere Zuflucht zu gewähren sowie die Rückführung von geflüchteten russischen Kriegsdienstverweigerern aus den Nachbarstaaten nach Russland umgehend zu stoppen;*
- *politische Patenschaften für verfolgte Parlamentarier:innen, Menschenrechtsverteidiger:innen, Wissenschaftler:innen sowie Angehörige der Opposition zu übernehmen sowie in den Parlamenten der OSZE-Teilnehmerstaaten entsprechende Patenschaftsprogramme anzuregen.*

Moldau:

- *die Feldarbeit und bessere Ausstattung der OSZE-Mission in der Republik Moldau zu unterstützen sowie sich in den OSZE-Teilnehmerstaaten dafür einzusetzen, in den laufenden Direktverhandlungen zwischen der Republik*

Moldau und der Region Transnistrien (1+1 Format) weitere vertrauensbildende Maßnahmen zwischen den Konfliktparteien zu fördern, wie zum Beispiel die stärkere finanzielle Beteiligung der OSZE-Teilnehmerstaaten an kontaktlinienübergreifenden Missionsprojekten zur umweltgerechten Entsorgung von kontaminierten Munitionsbeständen und giftigen Chemierückständen;

- *sich in den OSZE-Teilnehmerstaaten dafür einzusetzen, die Arbeit des Koordinators der Wirtschafts- und Umweltdimension (OCEEA) im OSZE-Sekretariat und des Büros für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) in der Republik Moldau in den Bereichen Good Governance und Justizsektor stärker finanziell zu unterstützen;*
- *in enger Abstimmung mit den Mitgliedern der moldauischen Delegation und den Mitgliedern des Ad-Hoc-Komitees für Migration weitere geeignete Maßnahmen zur menschenrechtskonformen und bedarfsgerechten Unterstützung für Geflüchtete in der Republik Moldau zu entwickeln;*
- *den Prozess der weiteren EU-Annäherung der Republik Moldau kritisch-konstruktiv zu begleiten und die demokratischen Reformen in der Republik Moldau politisch zu unterstützen.*

Berlin, 26. Juni 2023

Dr. Daniela De Ridder